

Martina Munz, Nationalrätin

Existenzen sichern, Konkurse verhindern und Arbeitsplätze erhalten

Die Frühlingssession im Bundeshaus begann mit schrillen Tönen. Ein gefährliches Spiel mit Polemik, das die Gesellschaft spaltet und die Solidarität der Bevölkerung gefährdet.

Umfragen zeigen, dass die Bevölkerung grossmehrheitlich hinter den Massnahmen des Bundesrates steht. Das Parlament hätte diesen übersteuern und eine rasche Öffnung ohne Rücksicht auf die Situation durchsetzen können. Doch diese Verantwortung wollten die bürgerlichen Parteien schlussendlich doch nicht übernehmen. Nach abstrusen Diktaturvorwürfen belassen sie es bei der Symbolpolitik. Konkret wurde es in der langen Nacht der Covid-Debatte. Da feilschte das Parlament um 17 Milliarden Franken. Der Nationalrat zeigte sich grosszügig, doch der sparsamere Ständerat hat sich durchgesetzt. Trotzdem erzielten wir einige Verbesserungen: für Härtefälle, Freischaffende im Kulturbereich, Selbständige und für Personen mit tiefen Löhnen in Kurzarbeit. Für die Eventbranche wurde ein Schutzschirm aufgespannt, damit sie wieder Planungssicherheit bekommt. Abgelehnt wurde die Harmonisierung der kantonalen Leistungen für Härtefälle. Für Schaffhauser Betriebe wären einheitliche Regeln vorteilhaft gewesen, denn Schaffhausen ist restriktiver als die meisten anderen Kantone. Unternehmen müssen ihre Reserven weitgehend aufgezehrt haben, bevor sie Unterstützung erhalten. Härtefallgelder sind aber keine Almosen. Sie sind eine Entschädigung für die Schliessung der Betriebe, die so ihren wichtigen Beitrag zur Verlangsamung der Pandemie leisten. Es ist kurzfristig und verheerend wenn Reserven und sogar Altersguthaben aufgezehrt werden müssen. Damit die Wirtschaft nach der Krise rasch wieder hochgefahren werden kann, braucht es gesunde Unternehmen. Das kostspieligste Szenario sind Konkurse. Diese gilt es zu verhindern. Der Kanton hat genug Geld und ausreichende Reserven, es gibt kein Grund, knausriger zu sein als anderswo.

Die Schweizer Staatsfinanzen sind auch nach der Krise noch in solider Verfassung, das besagt die KOF. Die ausserordentlichen Schulden von rund 30 Milliarden Franken, sind gemäss Bundesrat Maurer genau der Betrag, den wir in 15 Jahren gespart haben. Das Argument der Bürgerlichen, wir würden unseren Kindern einen Schuldenberg hinterlassen, fällt aber bei jeder Gelegenheit. Dies ist allerdings reine finanzpolitische Angstmacherei: Die Schuldenquote der Schweiz steigt durch die Corona-Schulden von 26 Prozent auf 35 Prozent, vor 20 Jahren lag diese gemäss KOF noch bei 45 Prozent. Wir sind also in einer komfortableren Lage. Auch im internationalen Vergleich steht die Schweiz ausserordentlich gut da.

Zum Schluss noch eine erfreuliche Gesetzesänderung im Kampf gegen den ungerechtfertigten Schweiz-Zuschlag. Die Fair-Preis-Initiative wurde durch einen indirekten Gegenvorschlag praktisch vollständig umgesetzt. 2015 hat Schaffhausen die Standesinitiative «Bekämpfung der Hochpreisinsel Schweiz» eingereicht mit ähnlichem Inhalt, damals ohne Erfolg. Kernstück des Gegenvorschlages ist die Ergänzung des Kartellgesetzes. Die höhere Kaufkraft der Schweiz wird mit überteuerten Preisen schamlos ausgenützt. Schweizer Generalimporteure verkaufen ausländische Produkte zu massiv überhöhten Preisen. Damit ist nun Schluss. Auch die geographische Marktabschottung durch Geoblocking wird nach zähem Ringen verboten. Schweizer Kundinnen und Kunden müssen von ausländischen Online-Shops künftig gleichbehandelt werden wie einheimische. Als Grenzkanton können wir uns über diese Gesetzesänderung freuen.